

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rundschau

Zur Chronik.

I. Weltpolitisches. In *Spanien* ist die linksradikale Regierung Azanas durch die etwas mehr rechtsstehende von Lerroix ersetzt worden, zu der die *Sozialisten* nun in Opposition stehen. Die politische und soziale Gärung im Lande muß sehr groß sein. — *Kuba* erlebt eine neuer Revolutionen, die in Mittel- und Südamerika so häufig sind. Sie scheint stark gegen den nordamerikanischen Kapitalismus gerichtet zu sein und ist in erster Linie von Studenten und Soldaten — besonders Unteroffizieren — getragen. (Diesen Unteroffizieren sollte man unseren Möckli mit seinem „Schweizerfoldat“ schicken!)

In *Nordwestindien* sind von den Engländern wieder auf rebellierende Dörfer durch Flugzeuge Bomben abgeworfen worden. Dagegen äußert sich Lansbury, der Führer der Arbeiterpartei im Unterhaus, ein hochkirchlicher Mann, mit äußerster Leidenschaft, und zwar im Namen des Christentums, und die „Times“ drucken den Brief ab.

Der wilde Kampf im *Gran Chaco* geht weiter, doch scheint nun wieder einmal der Friede in Aussicht zu stehen. Daß Bolivien einen freien Zugang zum Meere wünscht, den man ihm in seinem Streit mit Chile (um *Tacna und Arica*) abgeschnitten, scheint berechtigt zu sein. Aber nicht das Mittel.

Der Tod von *Lord Grey* regt wieder die Frage auf, ob er wirklich alles getan habe, was möglich war, um den Weltkrieg zu verhindern, ob seine Haltung richtig gewesen sei oder nicht. Eins scheint mir aus den Dokumenten ganz klar hervorzugehen: sein leidenschaftlicher Wille, dem kommenden Unheil zu wehren. In den Gelb-, Blau-, Braun-, Weiß- und Rotbüchern ist seine Stimme die einzige warme und menschliche. Er hat gewiß getan was er konnte und was er für recht hielt.

II. Friedens- und Abrüstungsbewegung. Die *Rüstungsindustrie* geht in fast allen Ländern glänzend. Wer diese Zahlen alle wüßte! Die *Rombacher Hütte* bei (oder in?) Metz habe 1932 einen Reingewinn von 4 320 000 französischen Franken gehabt. In *Polen* werde die Motorisierung des Heeres zum Teil mit Maschinen besorgt, die man aus Deutschland beziehe. Bei den *französischen Herbstmanövern* in der Champagne (Marne!) sei die Motorisierung erprobt worden. *Roosevelt* wolle die der amerikanischen Armee, für welche 80 Millionen Dollar bereitgestellt sind, bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz verschieben. In *Tokio* sei eine besondere Schule für den chemischen Krieg gegründet worden. In *Rumänien* spielt der Prozeß *Seletzkys*, jenes Vertreters der Skodafabriken, der in Rumänien mit Bestechungen Kriegspolitik im Dienste der blutigen Internationale trieb.

Besonders bedenklich ist die *österreichische Aufrüstung*. Zwar handelt es sich nur um 8000 Mann, die als Hilfstruppen (auf Oesterreichisch: „Assistenzkörper“) dem Heere zugeführt werden sollen, das damit erst ungefähr jene Stärke erhalte, welche ihm die Friedensverträge erlauben; aber im Hintergrund steht die Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht in Form des Milizsystems (auch jene 8000 sollen auf Milizart rekrutiert und in halbjährlichen Kursen dressiert werden, zwar vorläufig auf Grundlage der Freiwilligkeit) und für andere Völker ist das ein böses Präzedenz.

Die Stimmung, welche das *französische Volk* befeelt, wird durch die sensationellen Verhandlungen des 120 000 Mitglieder zählenden *Lehrersyndikates* illustriert, das auf seiner letzten Tagung mit großer Mehrheit beschloß, die Dienstverweigerung zu propagieren. Darauf sollte der Faschismus sich freilich nicht verhalten. Gegen ihn zögen auch die Antimilitaristen in ihrer großen Mehrheit. Ob

mit Recht oder Unrecht, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden (ich verweise vorläufig auf die entsprechenden Bemerkungen in „Zur Weltlage“), aber es ist jedenfalls Tatsache.

An dem großen „Jamboree“ der *Pfadfinder* in Gödöllö in Ungarn fehlten die Deutschen. Sie scheinen die *Pfadfinder* jedenfalls für pazifistisch zu halten. Möchten sie Recht haben! (Es gibt übrigens eine besondere Organisation der „pazifistischen *Pfadfinder*.“)

III. *Wirtschaftliches*. 1. *Der Arbeitskrieg*. Der große, von der Öffentlichkeit mit viel Sympathie aufgenommene *Streik der Bauarbeiter in Straßburg*, dem sich andere aus Solidarität angeschlossen, hat nach längerer Dauer mit einer völligen Niederlage geendigt, wie es scheint, hauptsächlich wegen Zwiespalt unter den beteiligten Gruppen. (Sozialdemokraten, Kommunisten, Christlichsozialen.)

Das Letztere gilt auch von dem *Streik der Elektro- und Sanitätsmonteure* in Zürich, der ebenfalls mit einer völligen Niederlage abschloß. In Zürich hatte der Regierungsrat mit *bürgerlich-klassenkämpferischen* Mitteln eingegriffen: mit einem völligen Verbot des Streikpostenstehens und einem Verbot des kommunistischen „Kämpfers“ für zwei Wochen. Interessant und an Nazimethoden erinnernd war die Aufforderung an die Polizei, ohne viel Federlesens von der Waffe Gebrauch zu machen. Auch ein Stück bürgerlicher Demokratie!

In *Asturien* (Spanien) brechen immer wieder Streikbewegungen der *Bergleute* aus.

In *Rumänien* sind die an jenem großen Streik, von dem feinerzeit berichtet worden ist, beteiligten *Eisenbahner* zu unmenfchlichen Strafen verurteilt worden.

In Frankreich gibt ein immer wieder aufflammender Streik der *Fluß- und Kanalschiffer*, die ganze Flüsse blockieren, zu reden.

Die Streikbewegung in den *Vereinigten Staaten* scheint fast ausschließlich durch die neuen „Codes“ verursacht zu sein. Sie will die Unternehmer zwingen, die arbeiterfreundlichen Bedingungen der „Codes“ oder noch günstigere anzunehmen und kommt, wie schon anderswo bemerkt worden ist, im ganzen wohl Roosevelt zu Hilfe.

2. *Die Landwirtschaft*. Die Rebellion der *dänischen*, besonders durch die Wendung Englands zum Schutzzoll und zur Ottawa-Politik schwer bedrängten Landwirtschaft, deren Wünsche auf eine der Schulterleichterung dienende Inflation gingen, scheint durch gewisse Schutzbestimmungen, direkte Preiserhöhungen, wie durch das Versprechen einer Senkung des Zinsfußes vorläufig etwas beschwichtigt worden zu sein.

Die *Getreidekonferenz* in London hat einige wirkliche oder scheinbare Ergebnisse gezeitigt: Verringerung der Anbauflächen (bei soviel Hungersnot!), Kontingentierung, Preisgarantie und so fort.

IV. *Sozialismus und Kommunismus*. Der Kongreß der sogenannten *Amsterdamer*, mit der Zweiten Internationale zusammenhängenden *Gewerkschafts-Internationale* in Brüssel beschäftigte sich auch stark mit dem Kampf gegen den *Faschismus*. Er beschloß den Boykott gegen Hitler-Deutschland und forderte überhaupt dessen politische und wirtschaftliche Isolierung. In bezug auf das *Kriegsproblem* erörterte er wieder den Generalstreik im Falle eines Kriegsausbruches, aber ohne Durchgreifendes zu beschließen, und verlangte Abschaffung aller privaten Waffenfabrikation, wie auch die Festigung der Schiedsgerichtsbarkeit. Gegen die *Arbeitslosigkeit* endlich empfahl er die allgemeine Einführung der Vierzig-Stundenwoche.

Henderfon ist mit 15 000 Stimmen Mehrheit gegenüber seinem konservativen Mitbewerber wieder ins Parlament gewählt worden. Dieses Ergebnis ist wohl vor allem seiner persönlichen Volkstümmlichkeit und der pazifistischen Stimmung des englischen Volkes zuzuschreiben und nicht ohne weiteres als Symptom des raschen neuen Aufstiegs der Arbeiterpartei zu betrachten.

In dem sogenannten Kommunistenprozeß in Stara Zagora in Bulgarien gegen 60 Militär- und Zivilpersonen sind 16 zum Tode und 42 zu Zuchthausstrafen von ein bis fünfzehn Jahren verurteilt worden.

Die *sozialistische Jugend* des Elsaß und der Nordwestschweiz hat in St. Ludwig eine Tagung gegen das Hitlertum abgehalten.

V. *Kultur und Natur*. In den Vereinigten Staaten geht der *Menschenraub* weiter und bleibt das *Verbrechertum* in großem Maßstab ein ständiges Problem. Eine Reihe von neuen wilden *Bluttaten* ist auch wieder in der Schweiz geschehen und zeugt von der tiefen Verrohung dieser Generation.

Eine *Tour de Suisse*, d. h. ein schweizerisches Velorennen, hat wieder die ganze, aus der Leere entstandene Sportpsychose des heutigen Geschlechtes gezeigt; die stets neuen Berichte über *Rauschgift-Prozesse* enthüllen eine andere Seite seiner Betäubungsfucht.

Der *Flugwahn* fordert ebenfalls immer neue Opfer. Besonders aufgefallen sind der Absturz des Italieners General Pinedo, wie des schweizerischen Militärfliegers Zulauf und das Verschwinden des ebenfalls schweizerischen Zivilfliegers Nauer.

Das Weltblatt, das die „Times“ sind, hat sich nicht für zu modern und zu vornehm gehalten, dem Thema des *Lärms* unter dem Titel: „The infliction of noise“ („Die Bestrafung des Lärms“) einen ganzen langen Leitartikel zu widmen, worin es die ganze verheerende Schädlichkeit der modernen Lärmzivilisation für Leib und Seele des Menschen, auf Grund von Gutachten hoher medizinischer Autoritäten hervorhebt und zu einem energischen Kampf dagegen auffordert. Eine lange Reihe von Zuschriften bezeugt die Zustimmung der großen Mehrheit der Leser. Sie fordern technische Verbesserungen, strenge Strafen, eine Vereinigung gegen den Lärm und so fort, aber eine bemerkt leider mit Recht, daß ein großer Teil der heutigen Menschen den Lärm *liebt* und den Lärm *will*. Warum wohl?

Furchtbare *Stürme* und *Hochwasser* haben an vielen Orten der Erde große Zerstörungen an Sachen und an Menschenleben angerichtet. Wenn ich Natur wäre, würde ich mich noch ganz anders gegen die gottlose Frechheit des Menschen auflehnen, welche die Schöpfung Gottes schändet und verwüstet.

VI. *Kirchliches*. Der *Papst* habe vor 15 000 Balilla-Buben und -Mädchen (die systematisch für Krieg und Gewalttat erzogen werden) die Messe gelesen.

Der *Kirchenrat von Zürich* habe beschlossen, in Zukunft zu Verhandlungen über *Dienstverweigerer* regelmäßig einen Beobachter zu schicken. Das ist erfreulich!

Weniger erfreulich ist eine Erklärung (im Tätigkeitsbericht für 1932) der *Neutralität in politischen Dingen* im Sinne einer Ablehnung aller *Parteinahme*. Kein Verständiger verlangt von den Kirchen, daß sie Parteipolitik treiben oder für Parteien als solche Partei ergreifen sollten, aber hinter der Neutralität kann sich allzu leicht Bequemlichkeit, ja Feigheit verbergen. Partei nehmen — in einem *höheren* Sinne — soll die Gemeinde Christi. (Offenbarung Joh. 3, 15—16.) Wie sich ein *falscher* Rückzug aus der Politik rächt, zeigt z. B. das auch gar zu nichtsagende Bettagsmandat dieses Zürcher Kirchenrates in so bedeutamer Zeit. Die Bedenklichkeit des Willens, über den Parteien zu stehen, hat Gottfried Keller in einem bekannten Spruch gekennzeichnet.

Die Genfer protestantische Kirche, die dortige Freie evangelische Kirche, die „Association chrétienne évangélique“, der Vorstand der „Evangelisation Populaire“ und die Methodistenkirche veröffentlichten eine gemeinsam gefaßte Resolution, welche die *Judenverfolgungen* in Deutschland verurteilt und feststellt, daß diese das christliche Gewissen verletzen. Gleichzeitig weist die Kundgebung auch auf die Anzeichen von Unduldsamkeit und Ungerechtigkeit hin, die sich in der Schweiz selbst stellenweise geltend machen, und warnt davor, daß auf dem Boden

unseres Landes eine Geistesverfassung Platz greife, die mit der Eigenschaft von Nachfolgern Christi unvereinbar sei.

Vortrefflich; aber warum wieder kein Wort gegen die in mancher Beziehung noch viel schlimmere Verfolgung von Sozialisten, Kommunisten, Demokraten und Pazifisten? Sind die vogelfrei?

15. September 1933.

Zur schweizerischen Lage.

1. *Die Fronten und Parteien.* Ich habe im letzten Ueberblick über die schweizerische Bewegung bemerkt, daß der 9. Juli, jener Sonntag mit den großen Frontenversammlungen im Theater von Vindonissa, auf der Forch und bei Zollikon, der den Höhepunkt der Bewegung markiere, wohl auch schon ihren Niedergang sehen lasse. Das hat sich seither bewahrheitet. Die Frontenbewegung ist seither rasch zurückgegangen, ja zerfallen, und man darf ruhig sagen, daß sie vorläufig, soweit ihre direkten Ziele in Betracht kommen, größtenteils mißglückt ist. Die Ursachen dieses offenkundigen Mißerfolges sind die im letzten Heft genannten: der Streit zwischen den verschiedenen Fronten selbst, der sich besonders durch den Austritt des Obersten Bircher und des zürcherischen Bauernführers Reichling aus dem „Bund für Volk und Heimat“ kund tat, ihre geistige Leere, der Mangel an überragender Führung, verbunden mit der schweren Kompromittierung der vorhandenen (Sonderegger!), der stärkere Widerstand der Demokratie und der alten Parteien, vor allem aber die rasch um sich greifende Erkenntnis, daß diese „nationale“ Bewegung zum großen Teil bloß ein Anhang des deutschen Nationalsozialismus sei und daß diese „Erneuerung“ eine zum Untergang wäre.

Diese Verbindung mit den deutschen Vorgängen ist inzwischen ja nur immer deutlicher hervorgetreten, wie sie denn von Anfang an keinem Sehenden verborgen sein konnte. Nicht nur die „nationalsozialistische“, bei der es sich von selber versteht, sondern auch die „nationale“ Front (die mit der „neuen“ eine Einheit bildet) weiß sich als Verbündete des Hitlertums. Auf dem Bureau der letzteren in Basel sind Briefe gefunden worden, nach denen einer der Führer den Chemischen Fabriken in Basel Aufträge aus dem Hitler-Deutschland im Betrage von 8 200 000 Franken verschafft hätte, von denen 7 Prozent der Front zufließen mußten. Wenn das stimmt (es wird von der Front behauptet, die Briefe seien eine Fälschung, was aber sehr wenig wahrscheinlich ist), so wäre also dieser Teil der „nationalen Erneuerung“ durch ein Deutschland finanziert, das bekanntlich die Schweiz auffaugen will. Darum hat sich sogar der Bundesanwalt, der sonst ja nur auf Kommunisten eingestellt ist, der Sache angenommen. Auch die Beteiligung dieser Kreise an Hitler-Feiern scheint nachgewiesen und ebenso, daß sie sich als Spitzel des Hitlertums in der Schweiz brauchen lassen. Sobald aber der Schweizer, der in seiner Masse für die *geistige* Bedrohung unserer Selbständigkeit sehr blöde Sinne hat (auch darum legt er wohl soviel Gewicht auf die sogenannte Landesverteidigung durch das Militär, die ohne die geistige so sinnlos ist), eine solche grobe Form des Landesverrates vor sich sieht, regt sich in ihm denn doch die Liebe zur Schweiz.

Nicht minder katastrophal erweisen sich für die Fronten gewisse *Wahlvorgänge*. In Schaffhausen, das ein Zentrum der „Nationalen Front“ ist, hat ihr dortiger Führer, Doktor Rolf(!) Henne, als Kandidat für den Ständerat trotz der Unterstützung der Katholiken nicht einmal soviel Stimmen wie der Kommunist erhalten. Aber auch schon die Tatsache, daß diese Frontisten, die mit schallenden Worten den Parlamentarismus, das Parteiwesen und die Wahldemokratie verurteilen (in der Sache nicht ohne Grund), sich auf einmal so begierig nach einem Sitz im Parlament zeigen, als neue Partei auftreten und das gewöhnliche traurige Spiel solcher Parteiwahlen mitmachen, ist eine fast vernich-

tende moralische Niederlage. Viel krasser noch als in Schaffhausen tritt dies in Zürich bei Anlaß des dortigen Ringens um die Mehrheit zwischen Sozialisten und Bürgerlichen hervor. Hier schließt die „Nationale Front“, die ja „sozialistisch“ sein will, unter erniedrigenden Bedingungen ein Bündnis mit dem bürgerlich-reaktionären „Freisinn“, für den man sonst nur Verachtung hat, gegen den „Marxismus“, wissend, daß damit *jeder* Sozialismus gemeint ist, einzig und allein, um einen Stadtratsitz zu ergattern, und braucht dafür macchiavellistische Gründe, die alles eher bedeuten als eine geistige Erneuerung der Politik. Doktor Tobler ist damit erledigt, was einem gleichwohl leid tun kann. Hätten er und seine Freunde auf wohlgemeinten Rat gehört!

Wenn freilich das Bürgertum (in Zürich mit Ausnahme der Demokraten) feinerseits sich mit den Fronten einläßt, so ist für es der Schaden nicht weniger groß. Sich mit seiner vaterländischen Gefinnung breitmachen und sie jedem *Sozialisten* absprechen, nachweisen, daß die Fronten (mit denen man zusammen pompös den 1. August gefeiert hat, einen ihrer Führer zum Festredner machend) national bedenklich sind und dann mit ihnen zur Besiegung des „vaterlandsfeindlichen Marxismus“ ein Bündnis eingehen, das ist ein Meisterstück von Unwahrheit und Charakterlosigkeit, wie es nur die „Neue Zürcher Zeitung“ und ihre Partei zustande bringt. Aber auch ein macchiavellistischer Katholizismus wird, wie im Großen für seine Verbindung mit Mussolini und Hitler, so im Kleinen für die mit den Fronten noch die Rechnung bekommen und mit ihnen noch allerlei anderes Konjunkturrittertum frommer und weltlicher Art.¹⁾

2. *Die Beziehungen zu Hitler-Deutschland* werden immer gespannter. Jener Versuch, von den Grenzen her auch unser Land zu erschüttern und mürbe zu machen, erzeugt wachsende Beunruhigung und Gereiztheit. Es mehren sich auch direkte *Uebergriffe* des Hitlertums. Beim Stauwerk Augst-Wylen und auf der kleinen Insel Gewert im Rhein sind Schweizer widerrechtlich verhaftet, in Ramfen im Kanton Schaffhausen ein in der Schweiz niedergelassener Tschechoslowake über die Grenze verschleppt worden. Kleine Dinge, die aber symptomatische Bedeutung haben. Wichtiger freilich sind *Grenztagungen des Hitlertums*, wie die in Konstanz und Säckingen, die den ausgesprochenen Zweck haben, die politische Eroberung der Schweiz vorzubereiten und das auch offen auszusprechen. Die wachsende Feindschaft großer Kreise unseres Bürgertums, die durch die „vaterländische Gefinnung“ nicht daran verhindert würden, sich für Hitler als Besieger des „Marxismus“ zu begeistern, gegen das heutige Deutschland hat übrigens keinen nationalen oder überhaupt idealen Grund, sondern ist durch das tief unloyale und perfide Verhalten dieses Deutschland in bezug auf die ihm geliehenen schweizerischen Gelder und seine ganze Wirtschaftspolitik gegen uns bestimmt. Point d'argent, point de Suisse! — Kreise, die dafür Sinn haben, werden durch Tatsachen erregt, wie die, daß ein Mann wie Professor *Bluntschli*, ein Schweizer, von der Frankfurter Universität vertrieben wird, bloß weil er Demokrat und Pazifist ist, während ein Professor *Freytag*, ein Propagandist des Hitlertums, weiter unsere Zürcher Lehrer heranbilden darf. Wichtiger ist freilich eine andere Tatsache: daß dieses Hitler-Deutschland durch eine Hochflut von *Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Büchern* wie durch das *Radio* bei uns ganz ungehemmt Propaganda treiben darf, während eine Gegenwehr durch das Radio unmöglich gemacht ist und jede Zeitung oder Zeitschrift, die sich in bezug auf das Regime ein Wort der Wahrheit erlaubt, von dem Dritten Reich durch Verbot ausgeschlossen wird. So etwas läßt sich nur die Schweiz gefallen, vermöge ihres besonders entwickelten vaterländischen Heroismus! Solange solche

¹⁾ Der letzte *katholisch-konservative Parteitag* hat sich, wie andere katholische Tagungen, für die *korporative Ordnung* ausgesprochen, allerdings mit großer Zurückhaltung, ihre Verwirklichung mehr den *Kantonen* zuweisend.

Verbote bloß sozialistische oder sonst oppositionelle Organe trafen, krächte kein Hahn darnach. „Geschieht ihnen schon recht“, dachte man im Bundeshaus. Als nun freilich die „Neue Zürcher Zeitung“ dran kam (welch ein Undank für soviel asketische Selbstverleugnung im Ausprechen der Wahrheit und soviel Willigkeit zum Servilismus!), da wurde sofort Motta beunruhigt. Und nun bedenke man wohl, daß diese großen Patrioten und Schwärmer für die Armee, Bundesrat Motta und der mit ihm eng verbundene Professor de Reynold, der Lehrer der schweizerischen Jugend an der Technischen Hochschule in Zürich, stille Bewunderer Mussolinis und der „Action Française“ sind. Motta hat denn auch bloß freundschaftliche Vorstellungen in Berlin versprochen, die ja, bei Wohlverhalten, mit einer Wiederezulassung der tapfern Zürcher Tante zur geistigen Tafel des Dritten Reiches enden werden. Und nun darf man wieder nicht vergessen, daß der Gesandte in Berlin, der noch dazu den welschen Namen Dinichert trägt, der Nürnberger Siegesfeier im Kampf gegen die Demokratie und die Arbeiterschaft beigewohnt hat, während der englische, französische, polnische, spanische, tschechoslowakische, niederländische, amerikanische und andere ihr fern geblieben sind. Auf Reklamationen hin, die sogar auch vom „Freisinn“ herkamen, erklärte der Bundesrat kaltchnauzig, der Gesandte habe vollkommen korrekt und in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat gehandelt.¹⁾

Seien wir uns darüber vollkommen klar: Weder vom Bundesrat noch von irgend einer bürgerlichen Behörde der Schweiz ist im Ernst ein Kampf gegen die vom Faschismus und Nationalsozialismus kommende tötliche Bedrohung der Schweiz zu erwarten.

Das zeigt sich auch in der Stellungnahme des Bundesrates zur Verwendung des Hakenkreuzes in der Schweiz bei festlichen, sportlichen und andern Anlässen. Es verbirgt sich hinter das formelle Recht: das Hakenkreuz sei nun einmal neben der schwarz-weiß-roten Fahne das Abzeichen des Deutschen Reiches. Aber man hat dem mit Recht entgegengehalten, daß es ein Parteiabzeichen ist, und zwar ein gegen die Demokratie und speziell gegen die Arbeiterschaft gerichtetes Zeichen. Es ist eine Unverschämtheit sondergleichen, wenn ein Staat sich herausnimmt, ein solches Zeichen in andere Völker hineinzutragen. Das dürfte eine wirkliche Schweiz sich nicht gefallen lassen. Aber dazu gehörte ein wenig Tapferkeit und väterländische Gesinnung.

Die fehlt freilich nicht nur unsern Behörden. Wie viele bürgerliche schweizerische Zeitungen haben den Mut, die zum Himmel schreienden Missetaten des Hitler-Reiches auch nur mitzuteilen, geschweige denn dazu ein Wort der Verurteilung zu sagen? Sogar ein Blatt wie die „Basler National-Zeitung“ erlaubt, im Widerspruch zur Haltung anderer Mitarbeiter, ihrem Berliner Berichtstatter, einem Schweizer, eine Propaganda für das Dritte Reich, die zwar gewiß optima fide und ohne Absicht geschieht, aber nichts desto weniger verhängnisvoll wirken muß. „Wenn solches am grünen Holz geschieht!“ Aber man schicke einem solchen Blatte auch nur einen Bericht über eine etwas radikalere Friedensversammlung oder sonst irgend etwas, was auch nur von ferne die „Landesverteidigung“ in Frage zu stellen scheint! Diese Zusammenstellung zeigt deutlich, wie hohl und unwahr dieses ganze Getue mit einer sogenannten militärischen Landesverteidigung ist, deren Objekt, die wirklich selbständige, demokratische Schweiz, man auf diese Weise dem Todfeind preisgibt. Es zeigt sich auch, wie falsch es ist, wenn leidenschaftliche Feinde des Hitlertums erklären: „Wir sind Antimilitaristen, aber wenn es gegen Hitler ginge!“ Wenn! Dieses „wenn“ hat einen andern Sinn, als sie meinen. Vergessen diese Freunde denn ganz, daß unsere Armee durchaus in den Händen derjenigen Kreise ist, die dem Hitlertum keineswegs feindlich sind? Wenn! Dieses

¹⁾ Einem solchen Manne oder seinem Personal ist wohl auch die auf S. 336 (No. 7/8) erwähnte Äußerung zuzutrauen, mag sie auch dementiert werden.

„Wenn“ wird nie eine *militärische* Erfüllung finden. Vergessen diese Freunde denn ganz, was doch sonnenklar ist: *daß gerade das Hitlertum unseren neuen Militarismus in den Sattel gehoben hat!*

Die Frechheit dieses von einer stets willigen Theologie und Religiosität unterstützten *neuen Militarismus* ist vorläufig groß. Sie zeigt sich in dem Vorgehen des Offiziersvereins gegen die Herausgeber der Broschüre über den 9. November (von dem vielleicht noch weiter zu reden sein wird), aber auch in neuen außerordentlichen finanziellen Bewilligungen für den Moloch. Kaum sind die 20 Millionen für den Karabiner verlangt und stillschweigend bewilligt, so kommen weitere 20 Millionen für die Ergänzung des Materials, die man als Krisenhilfe markiert. Das wären also von den 100 Millionen, die Minger zu Vindonissa gefordert hat, schon 40. So springt man mit dem Volke um, dessen „Freiheit“ verteidigen zu wollen man vorgibt.¹⁾

4. Damit sind wir wieder zum Thema der *Demokratie* gelangt. Alle bürgerlichen Parteien sehen sich offenbar durch die Volksstimmung und durch den Trieb der Selbsterhaltung gegenüber den Fronten genötigt, ihre unentwegte Treue zur Demokratie zu betonen, um dort, wo es darauf ankäme, diese Treue zu beweisen, sie sofort zu verraten. Das zeigt sich bei der Behandlung des neuen *Finanzprogrammes*. Dieses soll unter Berufung auf einen Notstand der Volksabstimmung entzogen werden. Denn das Volk würde es wohl wahrscheinlich verwerfen. In diesem *tatsächlichen* Verhalten liegt ein Bekenntnis, das durch keine *Wortbekenntnisse* aufgehoben werden kann, das Bekenntnis, *man traue dem Volke nicht zu, in entscheidenden Dingen das Rechte zu treffen*. Das aber ist ein Bekenntnis zum Fiasko der Demokratie.

In Wirklichkeit wäre das Volk bei all seinen Schwächen doch viel eher imstande, das Rechte zu treffen, als diese Vertretung von kapitalistischen und verwandten Interessen, welche Bundesrat und Bundesversammlung darstellen. Man müßte nur wagen, dem Volke *etwas Rechtes zu bieten* — etwas Ganzes, Tapferes, Imponierendes, statt einem armseligen Mosaik von allen möglichen partikulären Interessen und Rücksichten auf solche. Und natürlich ist es so, daß das Volk ein Gesetz verwirft, das *gegen* es gerichtet ist.

Das ist aber bei diesem Finanzprogramm insofern der Fall, als es die Lasten, die es schafft, vorwiegend den besitzlosen Volksmassen auflegt und den gleichen „Lohnabbau“, den das Volk am 28. Mai deutlich genug auf dem demokratischen Wege verworfen hat, nun auf dem Wege der Diktatur durchsetzen will. Es fehlt diesem Programm ja auch inhaltlich jeder ernsthafte demokratische und soziale Charakter. Die Tantiemen- und Krisensteuer sind viel zu schonend, um die Abwesenheit einer scharfen Luxussteuer und Erbschaftsteuer, um nur diese zu nennen, aufzuwiegen. Es ist der alte Versuch, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Es mit einem *Notstand* zu begründen, wenn eine gesetzgeberische Maßregel von solcher Tragweite der Volksabstimmung entzogen wird, ist natürlich eine eitle Ausrede. Wenn das Volk ausgeschaltet wird, sobald über sehr Wichtiges entschieden werden soll, so ist die Demokratie aufgehoben. Machen wir uns doch nichts vor: Es ist Verfassungsbruch! Leider haben die wirklich demokratischen Schöpfer der Verfassung mit einem solchen Verrat an der Demokratie nicht gerechnet, und so gibt es kein direktes verfassungsmäßiges Mittel dagegen. Aber die Folgen werden katastrophal sein. Und da reden diese Kreise bei andern von „Revo-

¹⁾ In dieses Kapitel gehört auch die Bewilligung von 5000 Franken für das hundertjährige Jubiläum des Offiziersvereins (im gleichen Augenblick, wo man dem Arbeiter-Turn- und Sportverein den Beitrag streicht) und die Abordnung von ganzen vier Bundesräten zu der Jubelfeier. Und da gibt es immer noch Leute, die fagen, wir hätten keinen Militarismus!

lution“ und „Anarchismus“ und halten ihnen die „Heiligkeit der Verfassung“ oder des „Staates“ entgegen!

5. Inzwischen erschüttert die Krise weiter die träge Sicherheit unserer schweizerischen Zustände, die so lange gedauert hatte. Auch die Spezereihändler drohen auf einer Tagung in Lausanne mit einem „Marfch nach Bern“. Die Bauern stellen zum Finanzprogramm weitgehende Postulate auf und geraten immer mehr in Konflikt mit der Politik der Großindustrie und des Großkapitals. Symptomatisch ist eine Aeußerung von Professor Laur an der Delegiertentagung des Schweizerischen Bauernverbandes: „Auch in die Schweiz ist von Deutschland her das Schlagwort vom ‚Marxismus‘ eingedrungen. Hüten wir uns davor!“ (Hoffentlich wird dieser Rat befolgt!)

Daß er diese Lage richtig versteht, ist für den *Sozialismus* von entscheidender Wichtigkeit. Und es scheint, daß er sie zu verstehen beginnt. Ein Flügel stellt sich ehrlich und dem eigenen Gefühl gehorchend auf diese neue Politik ein, die, aus dem Rahmen eines vorwiegend industrie-proletarischen Sozialismus heraustretend, einen Sozialismus des *ganzen* Volkes erstrebt und besonders auch den Bauern, den Angestellten, den Gewerbetreibenden, dem ganzen „Mittelstand“ etwas bieten will, ein anderer geht wenigstens taktisch darauf ein. Die *Landsgemeinden für Arbeit und Freiheit*, die am zweiten September Sonntag in großen Teilen der Schweiz stattfanden, stellten (ob wohl in Anlehnung an die „zwölf Artikel“ der Bauernschaft anno 1525?) zwölf Forderungen auf, welche diese neue Haltung zum Ausdruck bringen. Sie lauten:

1. Ein umfassender Arbeitsbeschaffungsplan; Aufnahme von Arbeitsanleihen zu billigem Zins; Schaffung einer Krisenkasse zugunsten der notleidenden Wirtschaft.
2. Einreihung der Jugendlichen in den Arbeitsprozeß. Ausreichende Fürsorge für die Alten.
3. Die staatliche Regulierung des Kapitalexportes zugunsten schweizerischer Arbeitsbeschaffung. Keinen Franken dem Ausland ohne schweizerische Arbeit!
4. Staatliche Zusammenfassung von Einfuhr und Ausfuhr. Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit. Wer uns verkauft, muß von uns kaufen.
5. Gemeinwirtschaftliche Leitung der Kartelle und Trusts.
6. Die Senkung des Hypothekenzinses auf Kosten des arbeitslosen Einkommens.
7. Umfassende Entschuldung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe; Stillhalteabkommen für notleidende, mit Vernichtung bedrohte gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe; Umwandlung in Heimstätten.
8. Die Sicherung eines Existenzminimums für alle Werkstätigen.
9. Die Krisensteuer auf große Vermögen und Einkommen.
10. Die Nationalisierung der Banken und Versicherungsgesellschaften.
11. Verbot der faschistischen Wehrverbände. Waffenverbot für alle politischen Kampforganisationen.
12. Ausbau der Demokratie zur sozialistischen Wirtschaftsdemokratie unter Wahrung der Gewerkschaftsfreiheit und Ablehnung des Ständestaates und der Korporationsidee.

Diese Landsgemeinden sind scheinbar ein großer Erfolg gewesen. Die im Theater von Vindonissa, offenbar als Gegenkundgebung zur Bircher-Mingerischen gedacht, habe ungefähr doppelt so viele Teilnehmer aufgewiesen als diese. Wichtiger noch scheint mir, daß unter den Teilnehmern wenigstens in mehr ländlichen Gegenden überall auch ziemlich viel Bauern und andere Nichtproletarier dabei gewesen seien. Im Thurgau hat sogar neben dem sozialdemokratischen Führer ein aargauischer Bauernsekretär referiert. Und in einer Versammlung in Basel, wo auch Reinhart referierte, rief man „zur Bildung einer Volksgemeinschaft der Arbeiter, Intellektuellen, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden auf, welche die Rechte des Volkes gegenüber Großindustrie und Großkapital vertreten müßte“. Hier öffnen sich sehr wichtige und erfreuliche Perspektiven.

Der Ausgang des Wahlkampfes in Zürich, der größten Schweizerstadt, in welcher die Bürgerlichen das sozialistische Regime (dem kein Mensch im Ernste vorwerfen kann, daß es der Stadt Schaden gebracht habe) stürzen wollen, wird all-

gemein als ein Symptom der ganzen Lage verstanden werden. Es ist, damit der Reaktion der Kamm nicht zu arg schwele, sehr zu wünschen, daß ihr Ansturm am nächsten Sonntag abge schlagen werde. Freilich darf deswegen der sozialistische Kamm dann noch nicht schwellen!

6. Ein *Symptom*, und zwar als solches eines von guter Bedeutung, ist auch das Erscheinen der neuen Wochenzeitschrift, die den Titel: „*Die Nation*, unabhängige Zeitschrift für Demokratie und Volksgemeinschaft“ trägt und zu der eine große Reihe von bekannten bürgerlichen und sozialistischen Politikern stehen. Das gemeinsame Programm soll die Verteidigung der Demokratie und damit der Schweiz bilden, wozu eine gewisse Aufgeschlossenheit gegenüber dem sozialen Problem gehört, die als Pflege der Volksgemeinschaft zum Ausdruck kommt.

Sehr wenig gefällt mir der Titel; er schmeckt zu sehr nach einer Konzession an einen künstlichen schweizerischen Nationalismus. Ich für meine Person rede gerne von einem schweizerischen *Volke*, aber nicht von einer schweizerischen *Nation*. Im übrigen ist das Unternehmen etwas wie eine Auferstehung der „Neuen Schweizer-Zeitung“, deren Eingehen ein schweres Unglück war. Aber man merkt im Unterschied der beiden Unternehmen doch das Sinken des geistigen und politischen Niveaus, das sich seither vollzogen hat. Die „Neue Schweizer-Zeitung“ genierte sich nicht, auch Männer und Frauen zu Mitarbeitern und Stützen zu haben, die nicht vor dem Militärgötzen den Kniefall gemacht hatten. Diese sind dem neuen Unternehmen ferngehalten worden, wenigstens insoweit sie als solche der Öffentlichkeit besonders bekannt sind. Der Umstand, daß sie einen langen, schweren, opfervollen Kampf für die Demokratie, die Volksgemeinschaft und die Selbständigkeit der Schweiz geführt haben, schützt sie nicht davor, der Mitarbeit an diesem Werke nicht würdig erfunden zu werden. Sie würden offenbar die Bravheit dieser erlauchten Gesellschaft kompromittieren! Das wird diesen Ausgeschlossenen keine schlaflosen Nächte machen. Aber leid kann es einem schon tun, daß auch ein Mann wie Dr. Gadiant, der Hauptredaktor, sich vor einem solchen Geiste beugt und daß das neue Werk in einem so kleinlichen Geist beginnt. Das muß schon ganz offen gesagt werden: *Mit Feigheit und Unritterlichkeit wird keine neue Schweiz gebaut!* Davon haben wir schon jetzt gerade genug.

Das mußte also ehrlicher Weise gesagt werden. Aber als Symptom eines neuen Willens ist das Unternehmen trotzdem erfreulich. Vielleicht fassen eines Tages noch etwas tapferere und hochgefinntere Menschen auf ihre Art die gleiche Aufgabe an.

Die schweizerische Waffen- und Munitionsausfuhr und die schweizerischen Vereinigungen für den Völkerbund. Unter dem Eindruck der ungeheuren Rolle, welche die Rüstungsindustrie unter den Ursachen des Krieges spielt und der starken Beteiligung der Schweiz, ganz besonders durch ihren „Erneuerer“ Sonderegger, ist auch bei uns eine Bewegung entstanden, die diesen Fluch wenigstens von unserem Lande verbannen möchte. Sie verdichtete sich zu der Forderung eines *Verbotes* alles Munitions- und Waffenhandels. Und sie hatte alle Aussicht, weite Kreise unseres Volkes zu gewinnen. Aber sie hatte freilich nicht mit der Tatsache gerechnet, daß es unter uns eine sogenannte Friedensorganisation gibt, deren Hauptgeschäft zu sein scheint, alles zu verhindern, was *im Ernste* dem schweizerischen Militärgötzen und seinen Verbündeten auf den Leib rücken will, nämlich die Vereinigung für den Völkerbund. Deren Leitung machte sofort Opposition. Nicht Verbot, das wäre extrem, sondern Kontrolle durch den Bundesrat. Es wurde eine „Studienkommission“ eingesetzt, aus der man die Antimilitaristen, von denen doch die Anregung ausgegangen war, ausschloß. In ihrem Schoße reifte der Vorschlag, eine solche Kontrolle mit einem System von „Lizenzen“ einzurichten, die es ermöglichen, auch den Einfluß ausländischen Kapitals abzuhalten. Das Hauptargument der Verteidiger dieses Vorgehens ist, daß wir die private Waffenfabrikation für unsere Landesverteidigung nicht entbehren könnten, daß diese aber nur möglich sei, wenn sie Ausfuhrhandel treiben dürfe. Dazu

kommt dann das andere, wir seien selbst auf die Einfuhr von Waffen angewiesen und dürften darum logischerweise nicht selbst verbieten, was wir bei andern nicht entbehren könnten. Die Anhänger des Verbotes dagegen erwarten von einer sogenannten Kontrolle durch den Bundesrat und seinen „Lizenzen“ nichts und glauben, eine Verforgung der Schweiz mit dem, was diese für ihre Landesverteidigung brauche, lasse sich auf andere Weise regeln. Denn sie wollen mit dem Verbot nicht die sogenannte militärische Landesverteidigung treffen, sondern bloß die Ehre und Sicherheit der Schweiz retten. Sie wollen übrigens auch nicht die private *Herstellung* von Waffen und Munition verboten sehen, sondern nur jede *Ausfuhr* davon.

Zum endgiltigen Austrag kam dieser Meinungsstreit auf der Jahresversammlung der Völkerbundsvereinigung in Luzern, die im Mai stattfand. Diese Verhandlung bedeutet eine der übelsten Erfahrungen von Illoyalität, die ich je gemacht habe. Nicht nur hatte man den Vertretern der offiziellen Ansicht ganze drei Referate eingeräumt (wozu die unbeschränkte Redefreiheit des Sekretärs kam), uns aber keines, sondern die ganze Sache war schon zum voraus abgemacht. Während wir, um den Schein einer Agitation zu vermeiden und auf die Aussprache in Luzern vertrauend, den Sektionen nicht einmal von unserem Standpunkt Kenntnis gaben, wurden diese von der andern Seite reichlich bearbeitet und sogar veranlaßt, daß in den Sektionen schon die Abstimmung stattfand und die Delegierten mit gebundenen Mandaten kamen. Die Abstimmung war also nur eine Bekanntgabe schon stattgefundener Abstimmungen. Wir hatten für die Katze geredet, hätten ebenfogat daheim bleiben können. Sicherlich wäre das Stimmenverhältnis bei einem loyalen Modus anders ausgefallen. So mußten wir uns immer wieder fagen lassen, wir folgten dem bloßen *Gefühl*, während die andern dem *Verstande* gehorchten (man kam sich zuletzt sehr gefühlvoll dumm vor gegenüber soviel Verstand!) und uns zuletzt von Herrn Laharpe Sottifen gefallen lassen, auf die zu erwidern nicht mehr anging. Der Illoyalität dieser Verhandlung entsprach die der Berichterstattung in den Zeitungen. Freundliche und verföhnliche Worte, die wir an der Versammlung und nachher auch hören durften, konnten den bemühenden Eindruck der Tagung und dessen, was ihr vorausgegangen war, nicht gutmachen. Wir wissen nun endgiltig, woran wir mit diesen Vereinigungen sind und werden die Konsequenzen ziehen. Die Idee des Völkerbundes werden wir immer vertreten. Und wir werden dafür sorgen, daß auch in Bezug auf die Waffen- und Rüstungsindustrie das Gewissen unseres Volkes nicht einschläft.

Verdankungen. Für die *Kinder der Arbeitslosen* wurden uns als „Ertrag eines Puppentags in Albisbrunn“ zugewiesen: Fr. 25.—

Für die *deutschen Flüchtlinge* sind bei uns eingegangen: von Ungen. in L. Fr. 5.—; E. B. in W. 8.50; F. W. in F. 30.—; Ungen. in L. 5.—, im Ganzen 48.50. Wir möchten diese Gaben herzlich verdanken, die, mit den früher eingegangenen Spenden, es uns ermöglichten, da und dort einer Not zu steuern, die Härte des Schicksals dieser aus ihrer Heimat und von ihrer Arbeit Vertriebenen ein wenig zu mildern.
L. und C. Ragaz.

Von Abgeschiedenen. Wieder ist einer der treuesten Freunde der „Neuen Wege“ und der von ihnen vertretenen Sache von uns geschieden: unser lieber *Theodor Wirth*. Sohn eines der besten Männer, die die Schweiz gehabt hat, des Obersthelfers (d. h. des zweiten Pfarrers) Zwingli Wirth am Münster in Basel, ist er selbst Pfarrer geworden. Dann aber hat ihn sein Schicksal und Temperament in die Politik geführt, und zwar zunächst in die demokratische, aus der er zuletzt in die sozialistische überging. Er hat in die Politik etwas von dem stürmischen Idealismus hineingetragen, der jener Generation allgemeiner eigen war und den er noch besonders von seinem Vater geerbt hatte. Im äußeren Leben hat er damit viel Schiffbruch erlebt, aber seine Seele blieb ungebeugt, und

wie fein Vater bewahrte er bis ins höchste Alter die Jugendfrische und das Jugendfeuer des Geistes. Es war für einen solchen Menschen schwer, noch all die Zusammenbrüche von Freiheit und Recht und all die Erniedrigungen des menschlichen Wesens, die wir erleben, mit ansehen zu müssen. Desto enger schloß er sich der kämpfenden Gemeinde der „Religiös-Sozialen“ an. Es war rührend, wie er, kaum noch des Gehens fähig, doch nicht verfäumte, wenigstens die Jahresversammlung der Freunde der „Neuen Wege“ zu besuchen, solange es irgendwie ging. Nur die letzte mußte er auslassen. Wir werden seiner Anhänglichkeit, Nachsicht und Liebe stets in warmer Dankbarkeit gedenken. Mit ihm geht einer der letzten Vertreter einer Generation und Art von uns, die besser, größer und lichter war, als wir sind.

Wer kann es machen? Aus dem Kreise des religiösen Antimilitarismus wird dringend gewünscht, es möchte ein *Weihnachtsspiel* „Friede auf Erden“ geschaffen werden. Wer will sich daran machen? Die *Zentralstelle für Friedensarbeit in Zürich*, Gartenhofstraße 7, ist gerne bereit, solche Versuche zu prüfen und allfällig herauszugeben.

Aus der Arbeit

Volkshochschulheim für Mädchen, Lenzerheidesee,
1500 m über Meer, Graubünden.

Winterkurs 1933 auf hauswirtschaftlicher Grundlage:

Dauer: 25. Oktober 1933 bis 24. März 1934.

Der einfache aber große Haushalt von Casoja wird durch die Kursmädchen, unter der Leitung von zwei Hauswirtschaftslehrerinnen, geführt. Die Praxis wird ergänzt durch theoretische Stunden in Hauswirtschafts-, Ernährungs- und Nahrungsmittellehre.

In den Tageslauf verflochten sind weitere theoretische Stunden. Sie behandeln:

Säuglingspflege,
Fragen der Kindererziehung,
Einführung in die Kulturgeschichte des Kantons Graubünden.

Nach Neujahr werden Gastreferenten über die folgenden Gebiete referieren (Änderungen vorbehalten):

Soziale Fragen,
Religiöse Fragen,
Bürgerkunde,
Einführung in Gebiete der Kunst.
Hygiene der Frau.

An verschiedenen Abenden soll in Werke Jeremias Gotthelfs eingeführt werden. Musik wird durch Gesang und durch Instrumente gepflegt.

Gymnastik und Sport werden regelmäßig betrieben und geben Gelegenheit zu gesunder Bewegung.

An den Nachmittagen, welche der Handfertigkeit gewidmet sind, haben die Mädchen die Möglichkeit, praktische, schöne Gegenstände